

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 155. Ratssitzung vom 14. Dezember 2012

3404. 2012/345 Weisung vom 19.09.2012: Voranschlag (Budget) 2013

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 154 vom 14.12.2012, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 174. und 175.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es handelt sich um Kürzungsanträge von 40 000 Franken beim Postulat 174 und von 10 000 Franken beim Postulat 175. Im Jahr 2009 wurde während der Budgetdebatte der beantragte Kredit für den Hafenkran abgelehnt. Trotzdem wurde im Jahr 2010 ein Beitrag dafür ausbezahlt. Bei diesem Budgetposten wird die Volksmeinung missachtet.*

Florian Utz (SP): *Zu diesem Thema gibt es keinen Volksentscheid. Die bürgerlichen Parteien sagen immer wieder, dass sich Kultur lohnen muss. Dieser Hafenkran lohnt sich. Die Leute werden sich den Hafenkran anschauen und wenn sie danach einen Kaffee trinken oder einkaufen gehen, dann rentiert dieser Hafenkran auch finanziell für das Gewerbe in der Stadt.*

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): *Das Budget entstand zu einem Zeitpunkt, als seitens des Stadtrats angenommen wurde, die Volksinitiative könne auf formaljuristischem Weg für ungültig erklärt werden. Dies gelang jedoch nicht. In der Volksinitiative wurden innert fünf Wochen rund 6000 Unterschriften gesammelt. Dies ist ein Rekord. Diese Angelegenheit ist ausser Kontrolle geraten. Anstatt eines Symbols für Weltoffenheit wurde der Hafenkran zu einem Symbol des Zerwürfnisses der Bevölkerung mit dem Stadtrat.*

Tamara Lauber (FDP): *Die Voraussetzungen für einen Volksentscheid wurden von den bürgerlichen Parteien geschaffen. Der Stadtrat will eine solche Volksabstimmung verhindern. Kunst auf öffentlichem Grund ist nicht Staatsaufgabe.*

Roger Bartholdi (SVP): Ich habe noch nie Resultate gesehen, die so eindeutig waren, wie bei dieser Volksinitiative. Es gibt kaum Argumente, die für diese Kunstinstallation sprechen.

Markus Hungerbühler (CVP): Wir könnten den Hafenkran verschenken. Wir sind gegen den Hafenkran.

Michael Baumer (FDP): Es war ein klarer Entscheid der Mehrheit des Parlaments gegen den Hafenkran. Der Stadtrat gab daraufhin an, es seien Verträge unterschrieben worden, weshalb man das Thema in der nächsten Budgetdebatte erneut behandeln müsse. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Finanzen wäre sinnvoll. Bei der Volksinitiative bin ich mir nicht sicher, ob sie inhaltlich gültig ist. Auf jeden Fall wurde durch die Volksinitiative ein klares Stimmungsbild der Bevölkerung eingefangen. Falls es das Ziel war, über die Offenheit der Stadt Zürich gegenüber Kunstinstallationen zu diskutieren, dann wurde das Ziel bereits erreicht.

Mauro Tuena (SVP): Noch keine Partei schaffte es bislang innert fünf Wochen, so viele Unterschriften zu sammeln. Die Fristen, die im Gesetz stehen, sind Maximalfristen. Lassen Sie das Volk entscheiden. Bereits 2009 wurde ein Postulat überwiesen, in dem klar zum Ausdruck kam, dass der Hafenkran nicht erwünscht ist. Entgegen des klaren Entscheids des Parlaments verhandelte der Stadtrat mit den Künstlern weiterhin.

Dominique Feuillet (SP): Der Vorschlag den Hafenkran zu verschenken, ist nicht hilfreich. Es ist schön, dass die SVP eine Volksinitiative lanciert hat. Wir werden einen Gegenvorschlag einreichen. Dies bedeutet, dass wir ungefähr 2016 über diese Initiative abstimmen werden. Das Volk wird abstimmen, wenn der Hafenkran steht und er ein Erfolg sein wird. Auch der Tourismus wird dadurch angekurbelt.

Hans Urs von Matt (SP): Ich freue mich auf den Hafenkran.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es handelt sich um einen respektlosen Umgang mit Steuergeldern. Es handelt sich dabei nicht um Kunst, sondern um Kult. Es wurde gesagt, eine Volksabstimmung könne aus juristischen Gründen nicht durchgeführt werden. Wir werden wahrscheinlich von der Stadtregerung hinters Licht geführt.

Bernhard Piller (Grüne): «Und er freut sich, wippt schon lächelnd mit seinem Ausleger auf seiner Reise nach Zürich. Uns das Meer und die Freiheit bringend.»

Gian von Planta (GLP): In der Budgetdebatte 2009 wurden 500 000 Franken für ein Projekt im öffentlichen Raum gesprochen. Aufgrund dieses Entscheids schrieb der Stadtrat einen Wettbewerb aus, den das Projekt «zürich-transit-maritim» gewann. Mit den Künstlern wurde ein Vertrag von 440 000 Franken unterschrieben. Die GLP ist der Meinung, dass die Stadt den Vertrag einhalten soll.

Martin Luchsinger (GLP): Der Stadtrat will ein Zeichen für Weltoffenheit setzen und provoziert damit Kleinbürgerlichkeit. Wenn das Kunstprojekt so viele Kontroversen provoziert, dann muss es uns ziemlich gut gehen, weil wir keine gewichtigeren Probleme

haben. Durch die Volksinitiative wurde das Volk mit Falschinformationen seitens der bürgerlichen Parteien versorgt. Der Werkvertrag ist abgeschlossen, das Geld ist schon ausgegeben.

Michael Schmid (FDP): Die bisher für den Hafenkran vorgebrachten Argumente sind aus meiner Sicht nicht haltbar.

Guido Trevisan (GLP): Es liegt ein rechtsgültiger Vertrag vor und wir halten es für Geldverschwendung, wenn für etwas, das bereits rechtsgültig ist, eine Volksabstimmung abgehalten werden soll.

Roger Tognella (FDP): Magistratspersonen missachten teilweise Entscheide, die durch das Parlament gefällt werden. Die Budgetdebatte ist das Instrument, mit dem das Parlament am effektivsten eingreifen kann. Falls tatsächlich unrechtmässig Geld für das Kunstprojekt ausgegeben wurde, bitte ich die RPK, sich der Sache anzunehmen und sie zu prüfen. In Zürich ergibt der Hafenkran keinen Sinn. Die Baubewilligung liegt nichtsdestotrotz vor.

Matthias Probst (Grüne): Dieses Theater um den Hafenkran ist es wert, dass der Hafenkran gebaut wird. Auch diese Debatte hier trägt dazu bei, dass der Kran zum Kultobjekt wird.

Simon Kälin (Grüne): Man kann sich fragen, ob die Initiative, derzufolge in Zürich keine Hafeninfrastuktur gebaut werden darf, wirklich sinnvoll ist. Das Projekt «Zürich-transit-maritim» ist bereits jetzt ein grosser Erfolg. Wahrscheinlich wurde in dieser Stadt noch nie so ausgiebig über ein Kunstprojekt diskutiert. Die Initiative wird das Projekt nicht verhindern können, weil sie zu spät ist.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Zürich wurde als Hafenstadt gross. Ich freue mich auf den Hafenkran. Kunst ist eine Kernaufgabe des Staatswesens.

S. 255	35 3515 3149 0302	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
		Tiefbauamt			
		Kleinere Neu- und Umbauten: Übrige			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
174.	Antrag Stadtrat			700 000	Mehrheit
		40 000		660 000	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung: Streichung Zürich Maritim			

Florian Utz (SP) Referent,
 Vizepräsidentin Rebekka
 Wyler (SP), Samuel Dubno
 (GLP), Andrea Nüssli-
 Danuser (SP), Karin Rykart
 Sutter (Grüne), Christine
 Seidler (SP)
 Präsident Roger Liebi
 (SVP) Referent, Dr. Urs
 Egger (FDP), Dr. Daniel
 Regli (SVP), Urs Schmid
 (FDP)
 Walter Angst (AL)

Roger Tognella (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf für die Anträge 174. und 175.

Der Rat stimmt dem Antrag von Roger Tognella (FDP) mit 106 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
059	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	NEIN
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
030	Esseiva	Nicolas	SP	JA
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
071	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
036	Gautschi	Adrian	GLP	JA
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA

033	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	--
083	Kirstein	Andreas	AL	ENTHALTEN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
001	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	NEIN
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
081	Recher	Alecs	AL	JA

173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	ENTHALTEN
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	NEIN
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
088	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	NEIN
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	ENTHALTEN
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 175.

Wortmeldungen siehe Antrag 174. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 256	35 3515 3182 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
175.	Antrag Stadtrat			4 744 000	Mehrheit
			10 000	4 734 000	Minderheit
					Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Streichung Zürich Maritim		

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
059	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	NEIN
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN

035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
030	Esseiva	Nicolas	SP	JA
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
071	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
036	Gautschi	Adrian	GLP	JA
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	--
083	Kirstein	Andreas	AL	JA
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN

001	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	NEIN
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
081	Recher	Alecs	AL	JA
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenthal	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	--
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	NEIN
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
088	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA

150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	NEIN
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	JA
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 176.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Insgesamt sollen 130 000 Franken zusätzlich ausgegeben werden. Die SVP beantragt eine Streichung von insgesamt 310 000 Franken.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit der RPK möchte bei Kunstprojekten nicht sparen. Wir gehen davon aus, dass es einen gewissen Widerspruch zwischen Antrag 176 und Antrag 177 gibt.

S. 255 35
3515
3149 0302

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbauamt
Kleinere Neu- und Umbauten: Übrige

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
176.	Antrag Stadtrat		700 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)

11 / 38

310 000	390 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL)
Begründung: Verzicht diverse Kunstprojekte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 48 Stimmen zu.

Persönliche Erklärung:

Michael Baumer (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Abstimmung über den Hafenkran im Jahr 2009.

Antrag 177.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir sind der Meinung, dass das Heureka bereits saniert wurde und der Unterhalt zu einem anderen Konto gehört. Die Sanierung des Löwen kann auch erst in einem Jahr durchgeführt werden. Ferner sind unter diesem Konto auch Forschungsprojekte aufgeführt, bei denen wir der Meinung sind, dass es sich nicht um städtische Aufgaben handelt.*

Florian Utz (SP): *Ursprünglich sollte gemäss Argumentation der Minderheit die Sanierung des Löwen im Jahr 2013 durchgeführt werden und auf etwas anderes verzichtet werden. Jetzt soll die Sanierung des Löwen verschoben werden. Wir halten dies nicht für sinnvoll.*

S. 255 35
3515
3149 0302

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbauamt
Kleinere Neu- und Umbauten: Übrige

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
177.	Antrag Stadtrat			700 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)

12 / 38

50 000	650 000	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
Begründung: Der Unterhalt der Heureka und die Sanierung des Löwen im Hafen Enge kann aus bestehenden Mitteln finanziert werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 178.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Wir sind der Ansicht, dass Velostationen unnötig sind. Ein Velo kann sich jeder leisten. Veloparkplätze sind wichtig, diese sind auch platzsparend realisierbar, ohne dass Autoparkplätze reduziert werden müssen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir finden, dass die Velostationen nötig sind.*

S. 255	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3159 0000	Unterhalt übrige Mobilien			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
178.	Antrag Stadtrat			393 200	Mehrheit
				0	Minderheit
		393 200			Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
Begründung: Verzicht auf Velostation					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 179.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück: Nachdem wir gesehen haben, wie lange solche Debatten dauern können, haben wir uns entschieden, den Mehrheitsantrag zurückzuziehen.

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Minderheit
				50 000	6 707 400	Mehrheit
						Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Erste Schritte zur Umsetzung des Postulats GR Nr. 2011/97 (Velolifte)

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 180.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die SVP beantragt die Streichung von 1 490 000 Franken. Es geht um Kunst und um ein Verkehrsprojekt. Veloverleihsysteme sind beispielsweise ein typischer Fall, wie durch den Staat dem Kleingewerbe Geld weggenommen wird. Im Veloverleihsystem steckt viel mehr Geld als dieser konkrete Posten. Es gibt flächendeckende Werbekampagnen und eine Reihe von Massnahmen rund um das Verleihsystem. Der Staat macht sich in Bereichen breit, die Kleinunternehmen als Marktlücke erkennen und füllen könnten. Private Angebote werden dadurch verhindert.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mehrheit der RPK beantragt die Durchführung dieser Projekte.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *In der Stadt Zürich bildet sich im Bereich Verkauf und Verleih eine Veloindustrie heraus. Aus diesem Grund ist es nicht gut, dass die Stadt hier eingreift und einen eigenen Verleih anbietet.*

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
180.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Mehrheit
					1 490 000	Minderheit
			Begründung:	Streichung Kunst- und Umverkehrprojekte sowie Streichung Fr. 60 000 für Veloverleihsystem (keine staatliche Aufgabe)		
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 27 Stimmen zu.

Antrag 181.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Es gibt einen Volksentscheid, demzufolge ein derartiger Kapazitätsausbau vom Volk nicht erwünscht ist. Auch gemäss Gemeindeordnung ist ein solches Projekt nicht realisierbar. Deshalb finden wir es sinnvoll, hier Geld einzusparen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Es gab tatsächlich einen Volksentscheid, demzufolge das Volk möchte, dass es eine Lösung gibt. Diese Lösung ist der Waidhaldetunnel. Deshalb ist es wichtig, dass hier die 65 000 Franken nicht eingespart werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Bei der Volksabstimmung ging es um das Rosengartentram und den Waidhaldetunnel. Die Bevölkerung lehnte das Tram ab, wenn es keine Alternative für den Verkehr gibt. Ich finde es nicht fair, dass der Volkswille herangezogen und jetzt lediglich ein Teilprojekt behandelt wird, wenn das Volk gesagt hat, dass ein Projekt ohne das andere nicht realisiert werden soll.*

Marc Bourgeois (FDP): Jedes Quartier sagte in der Volksabstimmung eindeutig nein zu diesem Anliegen. Dieses Anliegen kann nicht zur Städtebauinitiative gerechnet werden. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn der Kanton die Stadt im Bereich der Verkehrspolitik bevormundet. Die Stadt Zürich scheint in diesem Bereich nicht urteilsfähig zu sein. Es gibt Beweise dafür, dass der induzierte Verkehr nicht stattfindet. Umfahrungen können den Verkehr in der Stadt reduzieren.

Mauro Tuena (SVP): Im Mehrheitsantrag wird lediglich die Hälfte des Gesamtbetrags zur Kürzung vorgeschlagen. Die Volksabstimmung war eindeutig, so dass klar sein sollte, dass das Rosengartentram und der Waidhaldetunnel zusammenhängen. Der Kantonsrat gab dem Regierungsrat den Auftrag, mit dem Waidhaldetunnel vorwärts zu machen. Wir wissen, dass der Kanton den Tunnel ohne die Stadt bauen kann.

Roland Scheck (SVP): Bei der Nordwestachse sind das Rosengartentram und der Waidhaldetunnel ein integraler Bestandteil einer Gesamtverkehrsbetrachtung. Wenn versucht wird, das aufzutrennen, können keine guten Lösungen entstehen. Der Regierungsrat hat den Auftrag, einen Kreditvorschlag für den Bau des Waidhaldetunnels auszuarbeiten. Die Stadt hat eine Mitwirkungspflicht. Deshalb macht dieser Kürzungsvorschlag keinen Sinn. Mit Arbeits- und Gesprächsverweigerung wird niemandem gedient.

Markus Knauss (Grüne): Der Kantonsrat erteilte der Regierung einen Auftrag, den Waidhaldetunnel zu planen. Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker sagt, dass er das eigentlich nicht möchte, sich aber darum kümmern wird. Gleichzeitig sagte Regierungsrat Ernst Stocker aber auch, dass der Kanton den Waidhaldetunnel nicht alleine finanzieren kann und Unterstützung vom Bund braucht. Bei diesem Antrag wurde ein Posten eingebaut, bei dem es um flankierende Massnahmen im Zusammenhang mit der Tramlinie Rosengarten geht. Darin geht es um einen Betrag von 700 Millionen Franken. Herr Stocker baute in der Priorisierung einen Punkt ein, der Projekte beinhaltet, die man nie bauen wird. Der Waidhaldetunnel wird somit geplant und projiziert im Wissen, dass er nie gebaut wird.

Roger Tognella (FDP): Die Stadt Zürich wird in gewisse Dinge nicht mehr involviert und wird entgegennehmen müssen, was an anderen Stellen beschlossen wurde. Durch ein solches Verhalten wird provoziert, dass der Kanton die Stadt nicht mehr ernst nimmt. Zudem scheint die Stadträtin Ruth Genner keinen Rückhalt in ihrer eigenen Partei zu besitzen, wenn aus ihrem Budgetantrag 65 000 Franken gekürzt werden sollen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Aus Sicht der EVP ist ein Waidhaldetunnel nur dann vertretbar, wenn er tatsächlich die Verkehrskapazität an anderen Orten reduzieren kann. Wir finden es unsinnig, wenn die Stadt ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im Kanton nicht wahrnehmen möchte.



16 / 38

S. 255	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
181.	Antrag Stadtrat			6 657 400	Minderheit
		65 000		6 592 400	Mehrheit
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
		Begründung: Teilprojekt Waidhaldetunnel streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 182.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Wenn der Waidhaldetunnel nicht gebaut werden soll, dann soll es auch kein Rosengartentram geben.

Florian Utz (SP): Volksabstimmungen zum Ausbau von Tram- und Buslinien wurden bislang immer sehr deutlich angenommen. Ich bin sicher, auch in diesem Fall würde eine Volksabstimmung mit derartig eindeutigen Resultaten herauskommen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Tognella (FDP): Florian Utz (SP) war aus akustischen Gründen nur schwer verständlich.

17 / 38

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
182.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			65 000		6 592 400	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
						Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Kein Projekt Rosengarten-Tram			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 183. und 184. (Postulat 2012/458)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): *Im Wesentlichen geht es um den Masterplan Velo, der vom Stadtrat vor einigen Wochen vorgestellt wurde. Mit der Streichung der 300 000 Franken möchten wir, dass der Masterplan nicht umgesetzt wird. Gesamthaft werden in diesen Masterplan 67 Millionen Franken investiert. Wie dies künftig aussehen soll, wurde an der Bucheggstrasse demonstriert. Zudem sollen die Trottoirs zugunsten der Velowege verschmälert werden. Ausserdem sollen grosse Baumalleen, ebenfalls zugunsten breiter Velowege, gefällt werden. Zusätzlich sollen mehrere tausend Parkplätze abgebaut werden. Wir haben weder das nötige Geld, noch sind die drastischen Einschnitte gerechtfertigt.*

Florian Utz (SP): *Auch hier gibt es einen Volksentscheid, demzufolge der Veloverkehr gefördert werden soll. Die Kosten von 67 Millionen Franken verteilen sich auf mehrere Jahre. Pro Jahr sollen lediglich einstellige Millionenbeiträge gesprochen werden. Es werden nicht 1000 Parkplätze abgebaut, sondern es sind 1000 Parkplätze betroffen, die entweder an einen anderen Ort verschoben werden müssen oder – dies betrifft lediglich eine sehr geringe Anzahl – tatsächlich abgebaut werden sollen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab, da der Masterplan vor einigen Wochen beschlossen wurde.*

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): *Wir sind der Ansicht, dass der Masterplan weitsichtig ist und viele gute Aspekte abdeckt. An der Bucheggstrasse sollten sowieso Parkplätze abgebaut werden.*

Roland Scheck (SVP): *Parkplätze werden in der Stadt Zürich systematisch abgebaut. Der Masterplan Velo hat zum Ziel, den Anteil des Veloverkehrs markant zu steigern und die Anzahl der Velofahrer bis ins Jahr 2025 zu verdoppeln. Jedoch ist das Velo ein Binnenverkehrsmittel und der Anteil des Binnenverkehrs ist lediglich ein Bruchteil des Gesamtverkehrsaufkommens. Wenn der Stadtrat zum Ziel hat, die Velofahrer bis 2025 zu verdoppeln, bedeutet dies, den öffentlichen Verkehr in der Stadt zu reduzieren. Dadurch wird das städtische Verkehrssystem geschädigt. Für den Masterplan müssen einschneidende Konsequenzen für alle anderen Verkehrsteilnehmer die Folge sein.*

Marc Bourgeois (FDP): *Die FDP unterstützt grundsätzlich die Infrastrukturmassnahmen für den Masterplan Velo. Diese belaufen sich auf 55 Millionen Franken. Wir finden, dass auch Velofahrer sichere Möglichkeiten brauchen, sich in der Stadt zu bewegen. Die Kollateralschäden, die durch diesen Masterplan entstehen, wurden genannt. Wir sind für den gleichberechtigten Verkehr, sind jedoch pragmatisch und halten teilweise die entstehenden Einschnitte für unzumutbar. Deshalb beantragen wir eine Textänderung. Die FDP ist gegen die zwölf Millionen Franken, die beispielsweise für Werbemassnahmen ausgegeben werden sollen.*

Matthias Probst (Grüne): *Wir kämpfen für jeden Rappen und Quadratmeter, der im Rahmen dieses Masterplans ausgegeben werden soll. Vor allem werden wir für jeden Quadratmeter kämpfen, der dem Autoverkehr weggenommen werden kann. Aktuell sammeln wir Unterschriften für eine derartige Initiative. Die städtische Infrastruktur für den Autoverkehr wird auch durch Velofahrer quersubventioniert.*

Dominique Feuillet (SP): *Die SVP kritisiert gewisse Missstände des Veloverkehrs berechtigterweise. Manche Velofahrer halten sich nicht an die Strassenverkehrsordnung. Allerdings verstehe ich das Postulat nicht. Alle geben sich Mühe, den bestehenden Problemen mit dem Masterplan Herr zu werden. Der Masterplan nimmt somit die Kritik der SVP auf und versucht, die Situation in der Stadt für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern.*

Roger Tognella (FDP): *Die FDP steht dafür ein, dass die Stadt Zürich einen generellen Masterplan für den Verkehr braucht. Wir sind der Meinung, dass alle Verkehrsteilnehmer nebeneinander Platz haben müssen. Wenn der Verkehr rollt, sind auch die Infrastrukturkosten geringer.*

Mauro Tuena (SVP): *Ich nehme den Textänderungsvorschlag aus pragmatischen Gründen an.*

19 / 38

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
183.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Mehrheit
			300 000		6 357 400	Minderheit
						Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Kein Projekt Masterplan Velo

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

3423. 2012/458

Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.12.2012: Projektverzicht Masterplan Velo

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 183. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3379/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Marc Bourgeois (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er dort auf die Umsetzung des das-Projekts Masterplan Velo verzichten kann, wo der übrige Verkehr (öV und/oder MIV) massgeblich eingeschränkt wird oder bestehende Bäume gefällt werden müssen.

Mauro Tuena (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 53 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 185.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Unserer Meinung nach entspricht der Stadtverkehr 2025 nicht der Städteinitiative, deshalb sind wir für eine Streichung der 150 000 Franken.*

Florian Utz (SP): *Ich verstehe nicht, warum der Stadtverkehr 2025 der Städteinitiative nicht entsprechen soll.*

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
185.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Mehrheit
			150 000		6 507 400	Minderheit
			Begründung:		Kein Projekt Stadtverkehr 2025	
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 186.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roger Liebi (SVP): *Die SVP beantragt eine Streichung der 46 800 Franken.*

Florian Utz (SP): *Wir finden es sinnvoll, die Meinung der Bevölkerung einzuholen und diesbezüglich neue Wege zu beschreiten. Es wurden neu auch die Meinungen von Personen erfasst, die beispielsweise an einem Ort lediglich umsteigen. Ob sich dieser neue Weg bewähren wird, wird sich im Verlauf der weiteren drei Versuche zeigen. Ein Grossteil der Kosten sind Fixkosten.*

21 / 38

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
186.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			46 800		6 610 600	Mehrheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Kein ÖRBI-Einsatz am Hallwylplatz, am Klusplatz und einem noch offenen Ort			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 55 Stimmen zu.

Antrag 187.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es handelt sich um eine lineare Kürzung von 3 %.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit hält daran fest, dass lineare Kürzungen nicht sinnvoll sind.

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): Wir haben eine Zusammenstellung des Stadtrates bekommen, in der angegeben wird, was sich im Konto der Anträge 179 bis zum Antrag 187, konkret befindet. Diese Zusammenstellung ist aus unserer Sicht zu rudimentär. Nächstes Jahr verlangen wir, eine genauere Aufschlüsselung der Konten.

22 / 38

S. 255	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
187.	Antrag Stadtrat				6 657 400	Mehrheit
			199 700		6 457 700	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
				Begründung:		3 % Pauschalkürzung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 38 Stimmen zu.

Antrag 188.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir halten ein automatisches Veloparkiersystem für unnötig. Wie bereits erwähnt, sind sehr minimalistische Veloparkplätze, die keine Reduktion der Autoparkplätze zur Folge haben, aus unserer Sicht ausreichend.

Dr. Urs Egger (FDP): Das Veloparkiersystem geht auf ein Postulat der FDP zurück, das von diesem Rat angenommen wurde. Deshalb ist es nur konsequent, wenn es hier im Budget enthalten ist.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ein automatisches Veloparkiersystem ist unnötig.

S. 256	35 3515 3182 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
188.	Antrag Stadtrat				4 744 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			150 000		4 594 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Streichung automatisches Veloparkiersystem					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 189. und 190. (Postulat 2012/457)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): *Auch in diesem Konto sind die Beiträge zu wenig genau aufgeschlüsselt. Es ist das erste Mal, dass in einem Konto ein Beitrag für die Änderung an der Sihl- und Uraniastrasse enthalten ist. Es ist wichtig, dass wir ein Zeichen setzen, dass wir dieses Verkehrsregime nicht wollen. Die Sihl- und Uraniastrasse sind Strassen, die mindestens je zweispurig geführt werden und nichtsdestotrotz von Verkehrsstaus geplagt sind. Es ist kontraproduktiv, wenn eine Strasse verkehrsfrei gemacht wird und die andere Strasse fortan Gegenverkehr besitzen will. Die Auswirkungen wären fatal.*

Florian Utz (SP): *Das Projekt ermöglicht eine Aufwertung der Sihlstrasse. Die Gewerbler an der Sihlstrasse begrüßen dieses Projekt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Das Projekt wurde ausgelöst durch einen Eintrag im regionalen Richtplan und ist somit ein behördenverbindlicher Auftrag. Das Aufwertungspotential ist unbestritten, die verkehrstechnische Machbarkeit ist nachgewiesen und hat keine Reduktion der Gesamtkapazität zur Folge. Das Projekt entspricht den Richtlinien des Programms Stadtverkehr 2025.*

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): Wenn die Spuren für den Autoverkehr reduziert werden, wird der Autoverkehr nicht entlastet. Das Projekt wird für grosse Teile der Innenstadt eine Abwertung darstellen. Die Stadt Zürich wird für den Verkehr zunehmend unattraktiv. Wir haben nichts gegen eine Aufwertung, es muss aber eine Alternative angeboten werden.

Roland Scheck (SVP): Die Einführung des Gegenverkehrs in der Uraniastrasse und die Sperrung der Sihlstrasse werden zweifellos zu einem Verkehrschaos in der Innenstadt führen. Sowohl die Bevölkerung, als auch das Gewerbe leiden unter solchen Einschränkungen des Verkehrs. Auf diese Weise kann der Verkehr nicht ohne Komplikationen geführt werden. Mit dieser weiteren Verkehrsbehinderungsmassnahme wird die Attraktivität der Innenstadt abnehmen, da die Erschliessungsqualität abnehmen wird.

Markus Knauss (Grüne): Dieses Projekt ist im regionalen Richtplan des Zürcher Regierungsrat eingetragen. Es gibt Gewerbler, die dieses Projekt tatsächlich als Aufwertung empfinden.

S. 256	35 3515 3182 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
189.	Antrag Stadtrat				4 744 000	Mehrheit
			25 000		4 719 000	Minderheit
						Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Keine Änderungen an der Sihl-/Uraniastrasse			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

3424. 2012/457

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.12.2012:
Verzicht auf das Verkehrsprojekt an der Sihlstrasse/Uraniastrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 189. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

25 / 38

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3379/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 43 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 191.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Mehrheit sieht ein moderates Kürzungspotential. Es gibt Projekte, die aus unserer Sicht unnötig sind, beispielsweise die Finanzierung des Aufbaus eines Beziehungsnetzes. Wir sind jedoch gegen eine Kürzung der Beträge, die für die Befragung von Anwohnerinnen und Anwohnern aufgewendet werden sollen.

Roger Liebi (SVP): Es gibt auch aus unserer Sicht Projekte, die unnötig sind. Dazu gehört auch der finanzierte Aufbau eines Beziehungsnetzes. Die Befragung von Anwohnerinnen und Anwohnern scheint uns auch nicht sinnvoll zu sein. Ebenfalls verstehe ich nicht, warum für die Zusammenarbeit der Dienststellen Geld ausgegeben werden sollte. Diese Zusammenarbeit sollte automatisch funktionieren.

S. 256	35 3515 3186 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
191.	Antrag Stadtrat				900 000	
			200 000		700 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			100 000		800 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
		Begründung:	GLP/Grüne/AL/SP: Zu viele Projektberatungen; SVP/FDP: Streichung Anwohnerbefragung, Verzicht auf diverse Projekte			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(800 000)	80 Stimmen
Antrag Minderheit	(700 000)	40 Stimmen
Antrag Stadtrat	(900 000)	<u>0 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 192. und 193. (Postulat 2012/443)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Es sollen einzelne dringliche Massnahmen ergriffen werden. Für diese Massnahmen will die RPK dem Konto zusätzliche 200 000 Franken zusprechen.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit ist der Meinung, dass der vom Stadtrat eingestellte Beitrag genau richtig ist. Wir halten die Klimaanalyse für unnötig.

Gabriele Kisker (Grüne): Die Klimaanalyse gibt es bereits. Es werden Massnahmen aufgelistet, die sich für eine klimatische Verbesserung der klimatisch stark belasteten Gebiete eignen. Verschiedene kleine, aber effiziente Massnahmen werden in der Klimaanalyse vorgeschlagen. Beispielsweise sollen der Grünflächenanteil und die Baumbepflanzung erhöht sowie Fassaden begrünt werden. Besonders zu beachten sind die Innenstadt, Altstetten, Zürich-West, Oerlikon und Leutschenbach. In diesen Gebieten wurde zugunsten einer Verdichtung auf kompensatorische Massnahmen gesetzt. Mögliche Massnahmen zur Kompensation wurden bereits aufgelistet. Es ist an der Zeit, einen Masterplan zur konkreten Umsetzung dieser kompensatorischen Massnahmen zu erstellen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Gerner: Die Grundlagen der Klimaanalyse brauchen wir für die Stadtplanung. Ein Masterplan wäre jedoch lediglich behördenverbindlich. Wir wollen jedoch, dass sich auch Private an die Vorschläge der Klimaanalyse halten. Es ist wichtig, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Situation konkret verbessern können. Die von der Vorrednerin aufgezählten Massnahmen sind sinnvoll, eignen sich jedoch nicht für einen Masterplan.

27 / 38

Weitere Wortmeldungen:

Heinz Schatt (SVP): *In der Stadt Zürich sind wir in einer privilegierten Situation. Wir haben Gewässer und bewaldete Hügel. Wir befinden uns in einer guten Lage, die Stadt ist nicht krank. Wir haben diese Massnahmen nicht nötig.*

Markus Kunz (Grüne): *In der Fachwelt ist man sich einig, dass wir eine Doppelstrategie fahren müssen. Es gibt einerseits eine minimale Chance, dass wir das Weltklimaziel erreichen. Andererseits müssen wir uns auf Strategien einlassen, die die Auswirkungen des Klimawandels minimieren. Städte sind Hotspots und funktionieren klimatisch anders. Die Klimaanalyse ist wichtig und wir sollten von den Analysen zum konkreten Handeln übergehen.*

Michael Schmid (FDP): *Das Kyoto-Protokoll deckt gemäss der Ergebnisse der Weltklimakonferenz 14 % der Weltweiten CO₂ Emissionen ab. Die Tendenz ist weiterhin sinkend. Die hier vorgeschlagenen Massnahmen eignen sich nicht zur Rettung des Weltklimas.*

S. 256	35 3515 3186 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
192.	Antrag Stadtrat			200 000	900 000 1 100 000	Minderheit Mehrheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Umsetzung Klimaanalyse vorantreiben			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 50 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

28 / 38

3425. 2012/443

**Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 28.11.2012:
Umsetzung der vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaver-
besserung im Gebiet 1 der Klimaanalyse der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsde-
partements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 192. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Gabriele Kisker (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3379/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdeparte-
ments Stellung.

Das Postulat wird mit 73 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 194.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir sind der Meinung dass diese Mitgliederbeiträge unnötig sind
und beantragen deshalb eine Kürzung von 6500 Franken.*

Florian Utz (SP): *Es geht um eine Plattform, auf der sich Kantone und Gemeinden aus-
tauschen können. Wir halten diese Plattform für sinnvoll.*

S. 256	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3197 0000	Mitgliederbeiträge			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
194.	Antrag Stadtrat			32 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)

29 / 38

6 500	25 500	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
-------	--------	------------	---

Begründung: Streichung Mitgliederbeiträge Mobilservice und Mobilitätsdurchblick

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 195.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hat die Investitionsprogramme im Bezug auf den Bau und Unterhalt von Fussgängeranlagen, Strassen und ähnlichen Anlagen studiert. Man kann diese Projekte auch einfacher lösen. Wir möchten, dass man sich bei den nichtgebundenen Kosten zurücknimmt und diese Kosten reduziert.

Florian Utz (SP): Ich finde es nicht sinnvoll, wenn beispielsweise Bäume nicht mehr gepflanzt würden. Wir wissen nicht, wie diese zwölf Millionen auf den verschiedenen Konten sinnvoll eingespart werden können.

S. 258	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	510101	Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
195.	Antrag Stadtrat			11 474 000	Mehrheit
				3 000 000	8 474 000
					Minderheit

Begründung: Überflüssige Bauelemente der nicht gebundenen Kosten weglassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen zu.

30 / 38

Antrag 196.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Steg beim Seeuferweg wurde durch einen Bundesgerichtsentscheid ausgebremst. Die Minderheit ist der Meinung, dass es diesen Weg nicht braucht.

Florian Utz (SP): Das Bundesgericht sagte nicht, der Steg solle nicht gebaut werden. Das Verwaltungsgericht wird 2013 einen neuen Entscheid fällen, der wahrscheinlich zugunsten des Seeuferwegs ausfallen wird.

Weitere Wortmeldung:

Hedy Schlatter (SVP): Die errechneten Gesamtkosten sind viel zu hoch. Mit dem Bau des Seeuferstegs nimmt man keinerlei Rücksicht auf Flora und Fauna, die Natur und die Anwohner. Der Bauentscheid ist derzeit nicht rechtskräftig.

S. 258	35 3515 510761	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Fussgängeranlagen: Seeuferweg Wollishofen, Rote Fabrik - Bad Wollishofen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
196.	Antrag Stadtrat				2 800 000 -1 600 000 N	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			1 200 000		0	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Nach BGE soll der Steg nicht gebaut werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 197.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldungen siehe Antrag 195. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): *Uns wurde gesagt, dass alle Kosten auf diesem Konto gebundene Kosten sind, weshalb der Minderheitsantrag keinen Sinn ergibt.*

S. 259	35 3515 510901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Fussgängeranlagen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
197.	Antrag Stadtrat				4 848 000	Mehrheit
			1 200 000		3 648 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Überflüssige Bauelemente der nicht gebundenen Kosten weglassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 47 Stimmen zu.

Antrag 198.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Wenn Brücken und Fassaden beleuchtet werden, kann die 2000-Watt-Politik nicht umgesetzt werden. Verzicht ist nötig. Wer die 2000-Watt-Gesellschaft fordert, kann nicht nachts Gebäude beleuchten, weil es gut aussieht.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Licht gehört zu einer Stadt, der Plan Lumière wird von der Mehrheit der RPK unterstützt.*

32 / 38

S. 259	35 3515 511101	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Beleuchtungsanlagen: Plan Lumière				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
198.	Antrag Stadtrat				1 071 000	Mehrheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			1 071 000		0	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Plan Lumière ist angesichts rot-grüner 2000-Watt-Politik völliger Unsinn				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 199.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldungen siehe Antrag 195. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 259	35 3515 513000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
199.	Antrag Stadtrat				8 343 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			2 000 000		6 343 000	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Überflüssige Bauelemente der nicht gebundenen Kosten weglassen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 46 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 200. und 201. (Postulat 2012/459)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): *Auch diesen Posten wollen wir genauer aufgelistet bekommen. Wir haben als Fraktion angefragt, was unter diesem Konto bis ins Jahr 2016 geplant ist. Die RPK bekam zwar eine Antwort, allerdings fällt dieses Konto gemäss der Stadträtin Ruth Genner unter die Geheimhaltung. Dies ist für uns nicht verständlich. Der Stadtrat will den Stadttunnel ausschliesslich für den Veloverkehr nutzen. Dies ist aus unserer Sicht kontraproduktiv. Es gäbe unter dem Hauptbahnhof genug Platz, um einen Autotunnel zu bauen und eine Velospur einzuplanen.*

Florian Utz (SP): *Die Mehrheit der RPK unterstützt auch dieses Teilprojekts des Masterplans Velo.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Der Stadttunnel gehört dem Kanton. Wir haben gesehen, dass er für die Velos genutzt werden könnte. Der Kanton ist damit einverstanden, dass wir den Stadttunnel für eine Zwischennutzung nutzen können. Der Zeitrahmen für diese Zwischennutzung beläuft sich auf 20 bis 25 Jahre. Wir haben alle Daten offengelegt, die das Budget 2013 betreffen. Alle Zahlen, die die darauffolgenden Jahre betreffen, sind vorerst geheim.*

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): *Auch die FDP ist der Ansicht, dass diese Infrastruktur für die Velos genutzt werden kann. Andernfalls fallen andere Investitionen an, da zwischen den Gleisbereichen der Veloverkehr in den nächsten Jahren zunehmen wird. Wir wollen jedoch nicht, dass das unumkehrbar ist und dass unnötig Geld dafür ausgegeben wird. Wir sind deshalb bereit, beim Postulat der SVP mitzumachen, falls sie unseren Textänderungsvorschlag annimmt.*

Mauro Tuena (SVP): *Durch diese Textänderung wird einerseits die Situation für die Autos nicht verbessert und andererseits muss später eine Ersatzvariante gebaut werden. Diese Ersatzvariante wird wahrscheinlich der Negrellisteg sein. Falls die Textänderung beinhalten würde, dass der Tunnel für alle Verkehrsarten genutzt würde, wäre das für uns ein gangbarer Kompromiss.*

Marc Bourgeois (FDP): *Dadurch, dass du den Stadttunnel verhindern willst, provozierst du den Negrellisteg. Dies ist kontraproduktiv.*

34 / 38

S. 259	35 3515 513000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
200.	Antrag Stadtrat				8 343 000
					Mehrheit
			1 700 000		6 643 000
					Minderheit
					Enthaltung
					Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Kein Stadttunnel für Velo		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

3426. 2012/459

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.12.2012:
Verzicht auf das Veloprojekt im Stadttunnel unter dem Hauptbahnhof**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 200. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3379/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 25 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 202.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldungen siehe Antrag 195. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Auch in diesem Konto sind alle Kosten gebunden. Ich weiss nicht, wie man hier sechs Millionen Franken einsparen kann.

S. 259	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
202.	Antrag Stadtrat				23 566 500	Mehrheit
			6 000 000		17 566 500	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Überflüssige Bauelemente der nicht gebundenen Kosten weglassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 46 Stimmen zu.

Antrag 203.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Bei diesem Konto gab es eine detaillierte Auflistung. Die Querparkplätze sollen im Talacker durch Längsparkplätze ersetzt werden. Die Geschäfte kämpfen dort um Kundenparkplätze, entsprechend ist es nicht sinnvoll, die Anzahl Parkplätze dort zu reduzieren. Angeblich werden die wegfallenden Parkplätze durch die neu geschaffenen Parkplätze im Parkhaus Opera kompensiert. Das Talacker und das Parkhaus Opera befinden sich jedoch nicht in derselben Gegend, so dass diejenigen, die im Talacker einkaufen, bestimmt nicht im Parkhaus Opera parkieren werden.

Florian Utz (SP): Die Quartiersituation im Talacker ist schwierig. Gerade für Geschäfte ist ein gutes Funktionieren des öffentlichen Verkehrs zentral. Ein Mehraufkommen an Verkehr führt nicht zu einer Aufwertung der Region. Das Gegenteil ist der Fall.

S. 259	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
203.	Antrag Stadtrat				23 566 500	Mehrheit
			150 000		23 416 500	Minderheit
						Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Keine Änderung am Talacker, da div. Parkplätze abgebaut werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 204. und 205. (Postulat 2012/460)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): *Es geht um die Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse. Der Stadtrat plant eine schwierige Umgestaltung der Tramhaltestelle. Eine Organisation erhob bei der Planaufgabe Einsprache. Wir beantragen, dass auf die Umgestaltung der Tramhaltestelle verzichtet wird und das Gespräch mit den Organisationen gesucht wird. Die Tramhaltestelle sollte so umgestaltet werden, dass sie einerseits den motorisierten Individualverkehr nicht beeinträchtigt und andererseits auch behindertengerecht gebaut wird.*

Florian Utz (SP): *Wir haben einen Textänderungsantrag. Jedoch wird auch mit dieser Textänderung keine Million Franken eingespart werden können. Deshalb ist die SP gegen diese Kürzung.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Das Projekt Tannenstrasse wurde durch eine Gleiserneuerung und eine geplante Veloverbindung ausgelöst. In diesem Zusammenhang wird die bestehende Haltestelle an der Tannenstrasse behindertengerecht umgebaut. Die Behindertenkonferenz erhob im Rahmen der Planaufgaben Einsprache. Die einzelnen Punkte der Einsprache wurden aufgegriffen und werden geprüft. Aus Gründen der Verkehrssicherheit muss im Jahr 2013 mit dem Bau des Projekts begonnen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Kurt Hüssy (SVP): Die Umgestaltung der Tramhaltestellen sind nicht nur positiv. Wenn ältere Trams an neuen Stationen halten, kann dies gerade für Kinder und ältere Menschen sehr gefährlich werden. Sogar die Dienstabteilung Verkehr sagt, dass die neuen Haltestellen für viele Menschen gefährlich sind. Wir sind der Meinung, dass nicht alle Stationen auf diese Weise gebaut werden müssen.

Joe A. Manser (SP): Es ist richtig, dass das Projekt im November ausgeschrieben war. Wir haben gesehen, dass es suboptimal ist, weshalb wir Einsprache erhoben. Es ist so, dass Veränderungen nötig sind. Ich schlage deshalb einen Textänderungsvorschlag vor.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist wichtig, dass an diesem neuralgischen Ort verkehrspolitisch geschickt vorgegangen wird, da der Verkehr regelmässig blockiert ist. Man muss dafür sorgen, dass der Verkehr flüssig fliesst. Es besteht der Verdacht, dass das Projekt dazu missbraucht wird, den Verkehr zu blockieren.

Marc Bourgeois (FDP): Die GLP sagt, dass mit dem Textänderungsvorschlag nächstes Jahr mit dem Bau begonnen wird. Die SVP behauptet das Gegenteil.

Joe A. Manser (SP): Es soll nicht so gebaut werden, wie es ausgeschrieben war. Wir haben nicht gesagt, man solle nichts machen.

Mauro Tuena (SVP): Der Postulatstext besagt klar, dass nicht gemäss Ausschreibung gebaut werden kann. Ich nehme die Textänderung an.

S. 259	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
204.	Antrag Stadtrat				23 566 500	Mehrheit
			1 000 000		22 566 500	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Tannenstrasse, Leonhardstrasse 27 bis Rämistrasse 2, keine Umgestaltung der Haltestelle. Selbst Behindertenorganisationen sind dagegen und haben Einsprache erhoben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

38 / 38

3427. 2012/460

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 05.12.2012:
Verzicht auf die behindertengerechte Umgestaltung der Tramhaltestelle an der
Tannenstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 204. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3379/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Joe A. Manser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf ~~die so vom Tiefbauamt geplante~~ den Projektvorschlag gemäss Planaufgabe vom 26.10.2012 zur geplanten, ungenügend behindertengerechten Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse, zwischen der Leonhardstrasse 27 und der Rämistrasse 2, verzichtet werden kann.

Mauro Tuena (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 117 gegen 3 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 156, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat